



# Wahlprüfsteine

## zur niedersächsischen Landtagswahl am 9. Oktober 2022

### Vorbemerkung

Die Wahlprüfsteine sind das Ergebnis einer Diskussion auf der Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Niedersachsen e.V. im Oktober 2021 und einer Abfrage bei den niedersächsischen Kreisvereinigungen. Die VVN ist 1947 von Überlebenden des deutschen Faschismus gegründet worden. Die VVN-BdA stand und steht für die „Wiedergutmachung“ für Opfer des Faschismus, Bestrafung der Täter\*innen und den ständigen Kampf gegen alte und neue faschistische Ideologien. Erinnerung an den deutschen Faschismus und die aktuelle Auseinandersetzung mit faschistischem Gedankengut auf der Straße und in den Parlamenten ist unser aktueller Schwerpunkt. Deshalb beziehen sich unsere Forderungen vor allem auf diese Politikfelder.

Die Forderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Landespolitik, wobei in verschiedenen Bereichen auch eine Abstimmung mit der Bundesebene bzw. den Kommunen/Landkreisen notwendig ist.

### **Mahn – und Gedenkarbeit**

In Niedersachsen gibt es Tausende von Gräbern von Zwangsarbeiter\*innen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen des Hitlerfaschismus und des Zweiten Weltkrieges. Einige Gedenksteine sind kurz nach der Befreiung vom Faschismus errichtet worden. Die Gräber müssten auf fast jedem Friedhof im Lande vorzufinden sein. Zum Teil sind die Gräber/Gedenksteine aber nicht mehr auffindbar oder existieren nicht mehr.

Wir fordern:

- **Die Erstellung einer landesweiten Bestandsaufnahme der Gräber und Gedenksteine der ausländischen Opfer des Hitlerfaschismus.**
- **Ein gemeinsam mit den Gebietskörperschaften erarbeitetes Konzept zur dauerhaften Betreuung/Pflege. Die Umsetzung des Gräbergesetzes inklusive der Aufstellung der an die Kommunen gegangenen finanziellen Mittel muss dokumentiert werden.**

Neben den großen Gedenkstätten gibt es eine Vielzahl an kleinen Gedenkorten in Niedersachsen. Örtliche Initiativen, Geschichtswerkstätten oder Gemeinden/Städte haben

Erinnerungstafeln oder Gedenksteine errichtet. Lokale Akteure haben in Archiven zu den Orten geforscht und die Geschichte dokumentiert.

Wir fordern:

- **Die Erarbeitung und Veröffentlichung eines Gedenkatlasses für Niedersachsen.**
- **Die inhaltliche Auflistung aller großen und kleinen Gedenkorte mit Ansprechpartner\*innen soll *in Absprache mit der „Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten“* veröffentlicht und im Netz sukzessive aktualisiert werden.**

## **Wege der Erinnerung**

Es gibt verstärktes Interesse an lokaler Geschichte, so dass dies auch ein Faktor für den Fremdenverkehr ist.

Wir fordern:

- **Ein landesweites Konzept „Wege der Erinnerung“ (Fuß- oder Radwege).**

## **Bessere Unterstützung der Mahn- und Gedenkstätteninitiativen**

Die Schrecken des Faschismus von 1933 -1945 waren nicht „nur“ in Berlin oder in Osteuropa Alltag, sondern vor Ort in jeder Gemeinde oder Stadt. Verfolgung von Deutschen jüdischen Glaubens, Sinti und Roma, geistig und körperlich *Benachteiligten* und politisch und religiös Andersdenkenden sind hierfür einige Beispiele. Die Gebäude, in denen das stattgefunden hat, gibt es teilweise noch. Deshalb ist es zu begrüßen, dass sich lokale Initiativen, Vereine oder Geschichtswerkstätten mit der NS-Vergangenheit ihrer Stadt und Gemeinde beschäftigen. Sie versuchen, das, was noch vorhanden ist, zu dokumentieren, zu erforschen, zu erhalten und zu pflegen. Die Vermittlung der Ergebnisse dieser Arbeit durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Gedenktafeln sollten möglich sein.

Wir fordern:

- ***Erhalt und Ausbau der Fördermöglichkeiten für lokale Mahn- und Gedenkinitiativen über das Angebot der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten.***

## **Der 8. Mai ist unser Feiertag**

Die VVN-BdA setzt sich dafür ein, dass der 8. Mai als Gedenktag zur „Befreiung vom Faschismus“ ein offizieller arbeitsfreier Feiertag wird. Im Verhältnis zu anderen Bundesländern hat Niedersachsen weniger staatliche Feiertage.

Wir fordern:

- **Die zukünftige niedersächsische Regierung muss den 8. Mai zum Feiertag erklären.**

## **Straßen und Plätze**

Es gibt in einigen Gemeinden Diskussionen über Namen von Straßen und Plätzen. Straßen, die nach dem Reichspräsidenten und Militaristen „Hindenburg“ benannt sind, sind hierfür ein Beispiel. Häufig geht es bei diesen Diskussionen um die Rolle, der durch die Straßenbenennung geehrten Personen im Faschismus. Darüber hinaus gibt es Denkmäler, die die Zeit des deutschen Kolonialismus verherrlichen.

Wir fordern:

- **Verbot der Ehrung von Personen (insbesondere in Form der Benennung von Plätzen, Straßen und Institutionen), die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen beteiligt waren oder die sich an dem Leid anderer finanziell bereichert haben.**

## **Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für Demokratie**

Im Land Niedersachsen gibt es drei Regionalbüros der mobilen Beratung gegen Rechts. Die Büros sind in Oldenburg, Verden und Hildesheim. Die Mitarbeiter\*innen sind Ansprechpartner\*innen bei rassistischen und rechten Übergriffen.

Wir fordern:

- **Büros der Mobilen Beratungsstellen „Gegen Rechts“ in allen größeren Städten und Landkreisen einzurichten.**

## **Lehrstuhl für Gedenkstättenpädagogik**

Besuche von Schüler\*innen in Gedenkstätten gehören erfreulicherweise mittlerweile zum Schulprogramm. Die Vermittlung des Themas „Nationalsozialismus“ im Unterricht und bei den Gedenkstättenbesuchen erfordert eine besondere Ausbildung aller Beteiligten wie Lehrer\*innen und Gedenkstättenpersonal.

Wir fordern:

- **Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Gedenkstättenpädagogik an einer niedersächsischen Hochschule.**

## **Landeszentrale für politische Bildung**

Es ist zu begrüßen, dass es wieder eine Landeszentrale für politische Bildung gibt. Das Programm der Landeszentrale setzt sich z.B. mit Desinformationen und Verschwörungsmethoden auseinander. Die Landeszentrale sollte ein Teil der außerparlamentarischen Bewegung gegen alte und neue Nazis sein.

Wir fordern:

- **Die Landeszentrale für politische Bildung stellt Angebote (Veranstaltungen, Referent\*innen, Materialien, usw.) für eine Auseinandersetzung mit AfD, Coronaleugner\*innen, Reichsbürger\*innen usw. kostenlos zur Verfügung.**

## **Ausbau der Gedenkstätten Oerbke**

In Oerbke war ein Lager für alliierte Kriegsgefangene aus 13 Nationen, die hier unter schrecklichen Lebensbedingungen eingesperrt waren. Allein von den sowjetischen Gefangenen starben aufgrund der schlechten Bedingungen im Herbst 1941 90% an Fleckfieber. Auf dem örtlichen Friedhof sind Massengräber für 30.000 bis 40.000 Kriegsgefangene angelegt worden. Das einzige noch vorhandene Gebäude des Lagers ist die ehemalige „Entlausungsstation“, die derzeit von der Bundeswehr genutzt wird.

Wir fordern:

- **Den Erhalt des historischen Gebäudes „Entlausungsstation Oerbke“ durch Landesförderung und seine Entwicklung zu einem Gedenkort. Das Gebäude muss der Bundeswehr entzogen werden.**

## **Bergen-Belsen**

Die KZ-Häftlinge wurden mit der Bahn in das Lager Bergen-Belsen transportiert. Derzeit gibt es eine Diskussion über die Bahnstrecke von Celle zum ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen.

Wir fordern:

- **Die Wiederherstellung der Bahnstrecke zum ehemaligen KZ-Bergen-Belsen bei gleichzeitiger Kennzeichnung ihrer Geschichte auf einer Infotafel.**

## **Gedenkweg „Helmetalbahn“**

Im Winter 1944/45 mussten 3.000 Häftlinge des KZ-Dora-Mittelbau eine 22 Kilometer lange Eisenbahnstrecke durch den Südharz bauen. Die Hälfte der Häftlinge starben bei der Arbeit und auf den Todesmärschen durch den Harz. In Südniedersachsen gibt es derzeit eine Diskussion über die Anlage eines Gedenkweges „Helmetalbahn“. Mit der Anlage des Gedenkweges/Gedenkortes soll die Erinnerung wach gehalten werden.

Wir fordern:

- **Die Förderung der Anlage des Gedenkweges/Gedenkortes Helmetalbahn.**

## **„Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage“**

An dem Projekt „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ sind bundesweit 3.000 Schulen mit 2 Millionen Schüler\*innen beteiligt. Sie setzen sich im Schulalltag insbesondere mit den Themen „Rassismus und Antisemitismus“ auseinander. Da die Schulen eine zentrale Rolle bei der Auseinandersetzung mit rechten Ideologien spielen, ist das Projekt vorbildlich.

Wir fordern:

- **Alle Schulen in Niedersachsen werden „Schulen ohne Rassismus, Antisemitismus und Faschismus – Schule“ mit Courage“.**

## **UNESCO Biosphärengebiet „Hohe Heidmark“ statt Nato-Truppenübungsplatz**

Zwischen den Städten Bergen, Bad Fallingbostal und Winsen/Aller befindet sich die Heidelandschaft „Hohe Heidmark“. Seit 80 Jahren, beginnend mit den Nazis, wird hier für Kriege geübt. Die Hohe Heide soll endlich wieder ein Ort der Lebendigkeit und des Friedens werden.

Wir fordern:

- **Schließung des Truppenübungsplatzes Bergen und Umwandlung in ein UNESCO Biosphärengebiet.**

## **Nato-Übung Defender 2020**

Im Rahmen der Nato-Übung wurden 20.000 US-Soldat\*innen und ihr Material nach Europa verlegt. Das Manöver wurde aufgrund der Corona-Situation abgebrochen. Jetzt gibt es Überlegungen, es im Jahr 2022 zu wiederholen.

Wir fordern:

- **Keinerlei Beteiligung des Landes Niedersachsen an der Nato-Übung Defender 2022. Es wird keine Infrastruktur (Hafen, Straßen usw.) hierfür zur Verfügung stellen.**

## **Opfer des Kalten Krieges**

Als Folge des KPD-Verbots 1956 wurden Hunderte von Einwohner\*innen Niedersachsens angeklagt und verhaftet. Einige KPD-Mitglieder saßen wegen der Fortsetzung ihrer politischen Arbeit im Gefängnis. Kontakt zu Einwohner\*innen und Organisationen aus der DDR standen ebenfalls unter Strafe. Es war der Versuch der Adenauer Regierung, linke Bewegungen mit den Mitteln der Justiz zu verfolgen. Zum Teil waren hiervon Männer und Frauen, die schon von den Hitlerfaschisten verfolgt wurden, betroffen.

Wir fordern:

- **Diese Entscheidungen der Niedersächsischen Gerichte müssen aufgehoben werden. Die Opfer sind zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen.**

## **Opfer der Berufsverbote**

Vor 50 Jahren hat die Bundesregierung den „Radikalenerlass“ verkündet. 3,5 Millionen Bewerber\*innen im „Öffentlichen Dienst“ wurden daraufhin überprüft. Es gab 11.000 Berufsverbotsverfahren, die zu 1.256 Ablehnungen von Bewerber\*innen und zu 265 Entlassungen aus dem Staatsdienst geführt haben.

Wir fordern:

- **Der „Radikalenerlass“ ist offiziell aufzuheben. Die Opfer der Berufsverbotsregelung sind zu entschädigen. Die Geschichte der Berufsverbote und die Auswirkungen auf die Gesellschaft sind zu untersuchen.**

## **Nazivergangenheit der Mitarbeiter\*innen des Niedersächsischen Justizministerium aufarbeiten**

Nach 1945 ist im öffentlichen Dienst ein großer Teil der Beschäftigten mit NSDAP-Vergangenheit weiterbeschäftigt bzw. neu eingestellt worden. Eine Schlüsselrolle hat dabei das Niedersächsische Justizministerium gespielt. Hier wurden die Entscheidungen über Einstellungen und Karrieren von Richter\*innen und Staatsanwält\*innen getroffen.

Wir fordern:

- **Die Untersuchung der Geschichte des Niedersächsischen Justizministerium durch Historiker\*innen. Die Ergebnisse der Untersuchung müssen veröffentlicht werden.**

## **Verfassungsschutz abschaffen**

Besonders die NSU-Verbrechen haben gezeigt, dass der Verfassungsschutz unfähig war und ist, Bürger\*innen vor dem Naziterror zu schützen. Der Verfassungsschutz schützt nicht die demokratische Verfassung, sondern ist Teil von rechten Strukturen in Verwaltung und Polizei.

Wir fordern:

- **Die Abschaffung des niedersächsischen Verfassungsschutzes.**

## **Ausforschung von jungen Antifaschist\*innen**

Unterschiedliche staatliche Stellen wie Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz und Dienststellen der Polizei überwachen Aktivitäten von jungen Antifaschist\*innen.

Wir fordern:

- **Diese Überwachung muss unterbleiben.**

## **Polizist\*innen brauchen Namensschilder**

In öffentlichen Verwaltungen ist es mittlerweile üblich, dass Namensschilder getragen werden. Jede\*r, der/die bei Demos oder Veranstaltungen Kontakt zu Polizisten hat, weiß, wie schwierig es ist, die einzelnen Polizeibeamt\*innen zu erkennen, insbesondere wenn sie die komplette Ausrüstung tragen. Teilweise stehen einzelne Bürger\*innen hilflos polizeilichen Maßnahmen gegenüber. Der /die einzelne Polizist\*in ist dann in der Regel nicht zur Verantwortung zu ziehen, weil der Name nicht bekannt ist.

Wir fordern:

- **Die Möglichkeit der Identifizierung von Polizisten\*innen im Land Niedersachsen durch gut sichtbare Namensschilder.**

## **Friedenspolitik**

Niedersachsen hat eine große Zahl an Bundeswehrstandorten und Truppenübungsplätzen. Weiterhin sind wichtige Rüstungsproduzenten (Rheinmetall, Unterlüß) mit Standorten in Niedersachsen vertreten.

Wir fordern:

- **Verbot der Nutzung niedersächsischer Wasser- und Straßenverkehrswege für Waffentransporte der Bundeswehr oder Rüstungsbetriebe.**

## **Flüchtlingspolitik**

In Niedersachsen leben Geflüchtete von allen Kontinenten. Sie kommen v.a. aus den Ländern Syrien, Irak, Afghanistan, Iran, Somalia, Eritrea, aus dem Sudan, aus der Türkei/ Kurdistan – seit Februar 2022 auch aus der Ukraine.

Wir fordern:

- **Gleiche Rechte für alle Geflüchteten! Keine Sonderrechte für bestimmte Gruppen! Das betrifft: Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, Arbeitserlaubnis, Wohnung, kostenfreie Nutzung von Bussen und Bahnen sowie des Internets, Familiennachzug für Schutzbedürftige. Kein ‚racial profiling‘ nirgendwo!**
- **Schließung von Abschiebegefängnissen und permanenten Sammellagern wie Bramsche.**
- **Finanzielle und personelle Aufstockung in Beratungsstellen sowie Erhöhung ihrer Anzahl.**